

von denen aus die Territorien der UdSSR sowie anderer Staaten der sozialistischen Gemeinschaft erreicht werden können. Das sind auch mit Raketen bestückte amerikanische Unterseeboote, die dem obersten NATO-Kommando Europa unterstellt sind. Diese Verhandlungen könnten vor der Ratifizierung des SALT-II-Vertrages aufgenommen werden. Die Staaten des Warschauer Vertrages betrachten die Einberufung einer Konferenz zu

Vorwärtsführende Vorschläge sozialistischer Länder

Die sozialistischen Länder orientieren darauf, in einer ersten Etappe der Konferenz mit Verhandlungen über vertrauensfördernde Maßnahmen zu beginnen und in einer folgenden Etappe das Kompliziertere — nämlich Verhandlungen über Abrüstungsmaßnahmen — in Angriff zu nehmen. Das bevorstehende Madrider Treffen sollte dazu die notwendigen Voraussetzungen in Form eines entsprechenden Mandats über eine solche Konferenz schaffen. Die Staaten des Warschauer Vertrages werden sich dafür aktiv einsetzen.

Die Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft, ihre Einheit und Geschlossenheit, ihr abgestimmtes Handeln in der Weltarena sind das Unterpfand dafür, eine dauerhafte Friedenssicherung zu erreichen. Zur Lösung dieser Frage gehen sie mit allen zusammen, die aufrichtig daran interessiert sind, die Schrecken neuer Kriege abzuwenden.

Auf der XXXV. Tagung der UNO-Vollversammlung hat die UdSSR auf dieser Grundlage neue konstruktive Vorschläge unterbreitet, wie den Verzicht auf Erweiterung der Militärbündnisse, einen Stopp der Streitkräfteentwicklung und konventionellen Rüstungen zum Beispiel ab 1. Januar 1981, Erklärung der Kernwaffen-

Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa auf politischer Ebene als eine dringende und auch herangereifte Aufgabe. Diese Konferenz könnte effektive Maßnahmen zur Verringerung der militärischen Konfrontation und zur Stärkung des Vertrauens auf unserem Kontinent beschließen. Der Vorschlag zur Einberufung dieser Konferenz knüpft an Überlegungen einiger west- und nordeuropäischer Staaten an.

Staaten über die Nichtanwendung nuklearer Waffen gegen Nichtkernwaffenstaaten, ein Jahresmatorium für Kernexplosionen, ein Abkommen über Gewaltverzicht.

Die DDR unterstützt diese Vorschläge mit ganzer Kraft. Sie tritt immer und überall dafür ein, den internationalen Dialog fortzusetzen und die komplizierten internationalen Fragen auf friedliche Weise zu lösen. Die allseitige Stärkung der DDR durch die fleißige, initiative Arbeit unseres Volkes in Vorbereitung auf den X. Parteitag, die Festigung unseres Bruderbundes mit der Sowjetunion, den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und allen anti-imperialistischen Kräften in der Welt geben unserer sozialistischen Außenpolitik ein solides Fundament.

Unsere konsequente Friedenspolitik gründet sich auf ein hohes Maß an Wachsamkeit und den zuverlässigen Schutz der sozialistischen Errungenschaften unseres Volkes. Die militärische Stärke und Schlagkraft der Staaten des Warschauer Vertrages, wie sie das Manöver „Waffenbrüderschaft 80“ eindrucksvoll demonstrierte, sind unabdingbar, um die abenteuerlichen Absichten des imperialistischen Gegners zu durchkreuzen und ihn zu

Verhandlungen im Geiste der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki zu zwingen. Darin besteht die Dialektik von Innen- und Außenpolitik, von Friedens- und Sicherheitspolitik in unserer Zeit. Die Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten haben in Europa sowie in der ganzen Welt ein vielfältiges positives Echo gefunden und wurden von Vertretern unterschiedlicher politischer Richtungen und gesellschaftlicher Kreise begrüßt. Sie standen auch im Mittelpunkt der Beratungen des „Weltparlaments der Völker für den Frieden“, das Ende September 1980 in Sofia stattfand. Dieses Forum unterstrich in seinem Appell erneut die Notwendigkeit, die Friedensinitiativen der sozialistischen Staaten durch machtvolle Aktionen der Völker aller Kontinente zu unterstützen, die Kriegstreiber noch wirkungsvoller in die Schranken zu weisen.

Die sozialistischen Staaten sind, wie die Krim-Treffen dieses Sommers bekräftigten, entschlossen, in den 80er Jahren nicht nur das Positive zu wahren, das im vergangenen Jahrzehnt erreicht wurde, sondern die Früchte der Entspannung zu mehren, den Kampf um Frieden, Freiheit, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt noch breiter zu entfalten. Die DDR leistet dazu in Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED und in Vorbereitung des X. Parteitages ihren aktiven und konstruktiven Beitrag. Das ist, wie Genosse-Verich Honecker kürzlich in seinem Interview mit dem Verleger Maxwell erklärte, „ein Kurs, der dem Wesen unseres sozialistischen Staates entspricht und den Lehren der Geschichte gerecht wird“.

Dr. Manfred Uschner